



Kleine Anfrage

des Abgeordneten Werner Kalinka (CDU)

und

Antwort

der Landesregierung - Ministerpräsidentin

Verhältnis der Landesregierung zum DGB

1. Wie bewertet die Landesregierung ihr derzeitiges Verhältnis zum DGB?

Unabhängig von den aktuellen Meinungsverschiedenheiten bei Sachthemen bewertet die Landesregierung ihr derzeitiges Verhältnis zum DGB als gut. Die Landesregierung hat in den vergangenen Jahren konsequent eine vertrauensvolle, partnerschaftliche und konstruktive Zusammenarbeit mit allen Spitzenorganisationen der Gewerkschaften und Berufsverbänden umgesetzt. Dies dokumentiert sich in zahlreichen Vereinbarungen nach § 59 des Gesetzes über die Mitbestimmung der Personalräte (MBG Schl.-H.), die in den letzten Jahren erfolgreich abgeschlossen werden konnten und hier besonders in der Vereinbarung „Verhandeln statt Verordnen“, mit deren Abschluss Schleswig-Holstein Vorreiter im ganzen Bundesgebiet war. Auf diese Weise hat die Landesregierung gemeinsam mit den Spitzenorganisationen den Prozess der Modernisierung der Landesverwaltung vorangebracht und wichtige personalwirtschaftliche Veränderungen gestaltet. Weit über die gegenseitige vertragliche Verpflichtung hinaus haben Vertreterinnen und Vertreter des DGB in Projektgruppen zu Modernisierungsvorhaben mitgewirkt. Das gilt für die Erarbeitung der Beurteilungsrichtlinien ebenso wie für das Personalentwicklungskonzept und die Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung. Zudem werden mit dem DGB seit

Jahren konstruktive Gespräche im Bündnis für Ausbildung und in der Kieler Runde geführt, so zuletzt am 2. Juli 2001 in der Kieler Runde zum Thema „Qualifizierung“.

Der Dialog ist auch durch die jüngsten Haushaltsbeschlüsse der Landesregierung nicht in Frage gestellt. Entsprechend der in der Vereinbarung „Verhandeln statt Verordnen“ festgelegten Grundsätze für einen vertrauensvollen Dialog hat am 14. Juni 2001 unmittelbar nach der Eckwerteklausur ein konstruktives Gespräch mit Vertreterinnen und Vertretern des DGB unter Federführung der Ministerpräsidentin stattgefunden, in dem die Haushaltsbeschlüsse der Landesregierung erläutert und die jeweiligen Positionen ausgetauscht worden sind. Am Ende des Gesprächs wurde vereinbart, die einzelnen Fragen zunächst im Gespräch mit den Fachministerinnen und Fachministern zu vertiefen. So hat Innenminister Klaus Buß bereits dem Vorsitzenden des DGB - Bezirk Nord -, Peter Deutschland, kurzfristig ein persönliches Gespräch angeboten.

Darüber hinaus werden zur Zeit die laufenden Verhandlungen nach § 59 MBG Schl.-H. fortgesetzt.

2. Wie bewertet die Landesregierung die Aussage des DGB-Chefs Peter Deutschland, sie – die Landesregierung – betreibe „Politik nach Gutsherrenart“?

Vor dem Hintergrund des Verlaufs des Gesprächs am 14. Juni 2001 und der dort vereinbarten weiteren Gespräche mit den zuständigen Ministerinnen und Ministern ist der Vorwurf für die Landesregierung nicht nachvollziehbar. Die Landesregierung ist trotzdem weiter gesprächsbereit. Das hat die Ministerpräsidentin zuletzt anlässlich der Demonstrationen der Gewerkschaften noch einmal ausdrücklich bekräftigt.

3. Kann die Landesregierung nachvollziehen/verstehen, warum Herr Deutschland sich so geäußert hat?

Entfällt, siehe Antwort zu Frage 2.

4. Beabsichtigt die Landesregierung den Stil ihrer Politik gegenüber den vom DGB vertretenen Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmern zu verändern?

Die Landesregierung sieht keine Veranlassung, den Stil ihrer Politik gegenüber den vom DGB vertretenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu verändern. Es entspricht der Überzeugung der Landesregierung, dass sich die schwierige Haushalts-

lage nur gemeinsam meistern lässt. Die Ministerpräsidentin hat daher am 10. Juli 2001 an die Gewerkschaftsspitze appelliert, nicht zu einer Verschärfung der Situation beizutragen. Die Landesregierung wird auch in Zukunft den Weg der partnerschaftlichen und erfolgreichen Zusammenarbeit fortführen und weiterhin auf den Dialog mit den Spitzenorganisationen setzen.